

# Klar BURGDORF

Ausgabe 1/2010



An der Hochbrücke entsteht ein teurer Kreisverkehrsplatz.

Liebe Leserin, lieber Leser,



nach längerer Zeit halten Sie wieder eine Ausgabe von Klar. Burgdorf in der Hand. Damit möchte Sie die Redaktion über Dinge aus Burgdorf informieren, die auch Sie betreffen. Denn nicht alles, was im Rat der Stadt an wichtigen

Entscheidungen gefällt wird, findet auch den Weg in die Öffentlichkeit. So hat der Rat gegen meine Stimme schon vor geraumer Zeit die Gebühren für die Beseitigung vom Schmutz- und Niederschlags-Wasser erhöht, obwohl das gar nicht notwendig gewesen wäre. Über andere Themen berichtet die lokale Presse nur grob verzerrt. Bestes Beispiel ist der geplante Bau einer großen Biogasanlage bei Hülptingsen. Kritiker der Anlage haben es nicht leicht, weil die beteiligten Bauern

einen großen Einfluss haben und die Stadt auf Gewerbesteuererhöhungen spekuliert. Viele wichtige Fakten werden unter den Tisch

gekehrt, obwohl es um handfeste Gefahren und gesundheitliche Risiken geht. Oder nehmen wir den Umbau unserer Innenstadt. Ohne Ratsbeschluss haben Bürgermeister und die anderen Parteien im Sommer erste Vorhaben begonnen – bezahlt mit Krediten, weil die Stadt das Geld dafür nicht hat. DAS LINKSBÜNDNIS kritisiert dieses Vorgehen scharf und lehnt die geplanten Umbauten als unnötig und teuer ab. Gleichzeitig weigern sich die anderen Ratsleute, bei den Stadtwerken für Geringverdiener und Arbeitslose Sozialtarife bei Strom und Gas einzuführen. Doch lesen Sie selbst.

Viel Spaß mit Klar.Burgdorf!

Ihr

Michael Fleischmann  
Ratsherr

## Umbau der Innenstadt unnötig und teuer

Die Verantwortlichen im Burgdorfer Rathaus haben im Sommer damit begonnen, für viel Geld die Innenstadt umbauen zu lassen. Zugrunde liegt das sogenannte Stadtentwicklungs- und Innenstadt-Konzept, das ein Planungsbüro entwickelt hat. Damit wollen die anderen Ratsparteien die Stadt vom Autoverkehr entlasten und Burgdorf attraktiv machen. Derzeit steht der Bau eines Kreisverkehrsplatzes an der Hochbrücke an, gefolgt vom Umbau der Louisenstraße, der Bahnhofstraße und des Wächterstiegs. In den nächsten Jahren sind viele weitere Umbauten geplant. Was sich zunächst gut anhört, entpuppt sich bei genauerem Hinsehen als Eigentor. Allein der Kreisverkehrsplatz an der Hochbrücke und der Umbau der Louisenstraße verschlingen mehr als 900.000 Euro – Geld, für das die Stadt viele Schulden machen muss. Nicht nur aus diesem Grund lehnt DAS LINKSBÜNDNIS im Rat das vorliegende Konzept ab.

### Wochenmarkt muss auf Schützenplatz bleiben!

Das Stadtentwicklungskonzept enthält viele Punkte, die nicht nur viel Geld kosten, sondern auch unsinnig und teilweise schädlich sind. Bestes Beispiel ist die geplante Verlegung des Wochenmarktes auf den Spittaplatz. Viele Markthändler machen schon heute in Burgdorf deutlich weniger Umsätze als früher, die mit hohen Standgebühren einhergehen. Da am Spittaplatz Parkmöglichkeiten fehlen, wird der Burgdorfer Wochenmarkt dort weiter an Attraktivität verlieren. Es ist zudem nicht einzusehen, warum die Kundinnen und Kunden des Marktes ihre

Einkäufe lange schleppen sollen. Anderes Beispiel: Die Ratsvertreter lassen demnächst den Auebereich am Gümmelkanal umgestalten. Aber ist das sinnvoll? DIE LINKE ist der Auffassung, dass die Auelandschaft gut ist, wie sie ist.

### Wo bleibt eine Fußgängerzone?

In der Innenstadt wollen die Verantwortlichen auch am Schwarzen Herzog einen teuren Kreisverkehrsplatz bauen lassen. Gleichzeitig weigern sich die Ratspolitiker, preiswerte und effektive Maßnahmen wie eine Fußgängerzone in der Marktstraße ernsthaft ins Auge zu fassen, weil das die Burgdorfer Geschäftsleute nicht wollen – obwohl sich genau das viele Menschen in unserer Stadt wünschen. „Wie in der Bundespolitik verlieren die gewählten Volksvertreter das Allgemeinwohl aus den Augen“, kritisiert LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann. „In anderen Städten rechnen sich Fußgängerzonen auch für die Geschäftsleute.“

### Fehlanzeige beim Einzelhandel

Das Konzept sagt Nein zu einem Lebensmittelmarkt in der Raiffeisenstraße. Die Raiffeisengenossenschaft möchte dort einen errichten, und die Nordoststadt kann ihn gut gebrauchen. Die anderen Ratspolitiker sagen, man müsse die Innenstadt schützen. Das ist Unsinn, weil in der Innenstadt mehr als genug Lebensmittelmärkte beheimatet sind. Im Konzept wird von einer „Revitalisierung des Rubensplatzes“ in der Südstadt gesprochen, ohne zu sagen, wie das geschehen soll. Dass am Rubensplatz Handlungsbedarf besteht, ist seit vielen Jahren bekannt.

# Mehr Sicherheit für Radler am Schützenplatz

## Stadt will viele Einbahnstraßen in Gegenrichtung freigeben



Die neue Ausfahrt auf dem Schützenplatz vermeidet Unfälle, weil Autofahrer von rechts kommende Radler sehen können.

Wenn die Stadt das Know-how des ADFC nutzt, vermeidet sie nicht nur Unfälle, sondern fördert auch den Radverkehr und spart Steuergeld.

### Schneller ans Ziel

Burgdorfs Radfahrer können bald viele Einbahnstraßen in der Innenstadt auch in Gegenrichtung befahren und kommen so schneller ans Ziel als bisher (siehe Kasten). Das hat der Umwelt- und Verkehrsausschuss beschlossen. Noch vor drei Jahren lehnten alle anderen Parteien einen ähnlich lautenden Antrag des LINKSBÜNDNISSES ab. Städte wie Oldenburg, in denen Radler schon seit längerer Zeit Einbahnstraßen auch in der „falschen“ Richtung befahren dürfen, haben mit der Regelung gute Erfahrungen gemacht: Die

Um den Unfallschwerpunkt für Radfahrer am Rewe-Markt auf dem Schützenplatz zu entschärfen, hat die Stadt auf Antrag des LINKSBÜNDNISSES die Ausfahrt für Autofahrer verlegt. Letztere konnten in der Vergangenheit wegen des Pumpenhäuschens von rechts kommende Radfahrer beim Ausfahren nicht sehen. Dadurch waren nach fünf Unfällen mehrere, zum Teil schwer verletzte Radler zu

beklagen. Die Stadtverantwortlichen hatten zunächst versucht, mit dem Aufstellen eines Stoppschildes, das Thema zu beerdigen, mussten sich aber schließlich dem öffentlichen Druck beugen. Um in Zukunft solche teuren Umbauten zu vermeiden, fordert DIE LINKE, den Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC) bei allen Radwegeplanungen maßgeblich zu beteiligen. Schließlich waren die Ein- und Ausfahrt am Rewe-

markt erst vor kurzem gebaut worden.



Auch die Minnestraße dürfen Radler bald in Gegenrichtung befahren.

Unfallzahlen gingen leicht zurück, und der umweltfreundliche Radverkehr wird gefördert.

## Möchten Sie DAS LINKSBÜNDNIS kennenlernen?

Dann besuchen Sie uns, Sie sind herzlich eingeladen!

**Wir treffen uns jeden ersten Mittwoch im Monat um 19 Uhr im „Kutscherhaus“**, um wichtige Themen aus Burgdorf zu besprechen und politische Aktionen im Rat vorzubereiten. Der Weg zu uns: Das „Kutscherhaus“ ist das Nebengebäude der alten Landratsvilla, dem heutigen Rathaus II. Das unscheinbare Gebäude steht am Anfang des Grundstücks auf der linken Seite, wenn man von der Straße vor dem Hannoverschen Tor aus kommend neben dem chinesischen Restaurant auf das Rathaus II zugeht.

### Folgende Einbahnstraßen sollen in Gegenrichtung für Radler freigegeben werden:

- Klaukengasse
- Kleine Bahnhofstraße
- Schmiedestraße
- Neue Torstraße
- Rathausstraße
- Mittelstraße
- Sackstraße
- Kleine Bergstraße
- Minnenstraße
- Wallstraße
- Nordstraße
- Georg-Wilhelm-Weg
- Wundramweg
- Zufahrten zu Parkplätzen des Rewe- und Aldi-Marktes

### IMPRESSUM

V. i. S. d. P. und  
Redaktion: Michael Fleischmann  
Layout: Markus Hintze  
Herausgeber:  
DIE LINKE /  
DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf  
c/o Wolfgang Hauck  
Scharlemannstraße 8  
31303 Burgdorf

Auflage: 10.000 Exemplare

# Großes Biogaswerk geplant

Vor den Toren von Hülptingsen und unweit der Burgdorfer Südstadt wollen sieben Landwirte eine große Biogasanlage errichten. Diese müssen die Behörden im Gegensatz zu kleinen hofnahen Anlagen genehmigen. Da eine baugleiche Großanlage in Ronnenberg bei passender Windrichtung noch in rund vier Kilometern Entfernung zu riechen ist, regt sich gegen das Vorhaben in Hülptingsen massiver Widerstand. Die Kritiker haben es aber nicht leicht: Die Bauern haben einen großen Einfluss, und die Stadt spekuliert auf Gewerbesteuererinnahmen. In der Burgdorfer Südstadt beginnt sich das Thema erst langsam herumsprechen, obwohl gerade sie wegen der Windrichtungen betroffen sein wird. Außerdem wird das Burgdorfer Holz als Naherholungsgebiet beeinträchtigt.

## Zwei CDU-Ratsherren befangen

Im Rat der Stadt hat sich nur DAS LINKS-BÜNDNIS gegen die Biogasanlage bei Hülptingsen ausgesprochen und fordert einen passenden Standort fernab der Wohnbebauung. Die anderen Parteien waren zu Beginn optimistisch, das Projekt wie geplant durchziehen zu können – vorneweg die CDU, deren Stadtverbandschef Barthold Pläß ein Vermittlungsbüro für Arbeitskräfte von Biogasanlagen betreibt. Auch CDU-Ratsherr Alfred Brönnemann ist befangen, der den Bau von Biogasanlagen betreut. Mittlerweile sind die Ratsleute wegen der Bürgerproteste offiziell etwas vorsichtiger geworden. Hinter vorgehaltener Hand heißt es aber, wer im Dorf wohne, müsse mit Landergeruch leben. Das ist zynisch. Schließlich ist es ein großer Unterschied, ob ich freiwillig neben eine bestehende Biogasanlage ziehe und mir

dort vielleicht sogar ein Haus baue oder ob mir diese Anlage nachträglich vor die Tür gesetzt wird. Man kann eine große Biogasanlage nicht mit einem kleinen Kuh- oder Schweinestall vergleichen. Ein Biogaswerk ist ein chemischer Betrieb, der für die Allgemeinheit im Zweifel nur Nachteile hat und handfeste Gefahren in sich birgt.

## Viele Gefahren

Kritiker der geplanten Anlage verweisen auf eine Monokultur aus Maispflanzen und damit deutlich mehr Pflanzengift- und Düngemittel-Einträge ins Grundwasser. Die geplante Anlage bei Hülptingsen grenzt direkt ans Trinkwasser-Einzugsgebiet.

Maisfelder sind außerdem ein Schlaffenland für Ratten, die sich so immer mehr ausbreiten. Im Landkreis Aurich sind die ersten Nager immun gegen Giftköder geworden, weil Mais viel Vitamin K1 enthält. Hinzu komme krank machender Betriebslärm, so die Kritiker und der Anlieferverkehr. In sechs Wochen im Jahr sollen die Lastwagen Tag und Nacht die Anlage ansteuern.

### Festgestellte Hauptschäden an Biogasanlagen

- Statisches Versagen von Anlagenteilen
- Brände
- durch Unwetter zerstörte Tragluftdächer
- Undichtigkeiten
- falsche Überwachung von Armaturen und Betriebsmitteln

75 Prozent „bedeutsame Mängel“ aufweisen. Mängelschwerpunkte seien der Explosionsschutz, die Not-Aus-Systeme und die betrieblichen Alarm- und Gefahren-Abwehrpläne. Die Fachleute machten außerdem „Hauptschäden“ aus, die in den vergangenen zwei Jahren aufgetreten sind (siehe Kasten).

### Gesundheitliche Risiken

Die Agrar- und Veterinär-Akademie aus Horstmar-Leer warnt vor gesundheitlichen Risiken. Durch Biogasanlagen würden sich Clostridien ausbreiten, die bei Tieren zu chronischem Botulismus führen – gemeint sind Lähmungen. Erkrankt seien vor allem Milchvieh, aber auch Schweine. Auch Menschen, die viel mit Milchvieh in Berührung kommen, seien mittlerweile von der Krankheit betroffen, heißt es. Die Gärreste aus Biogasanlagen seien zu erheblichen Teilen mit pathogenen Clostridien wie Clostridium botulinum belastet. Das letztgenannte Gift ist von Hollywoodschauspielern bekannt, die es sich unter die Gesichtshaut spritzen lassen, damit Falten verschwinden. Durch die gelähmte Gesichtspartie gehen auch Mimik und Gestik verloren. Durch das Ausbringen der Gärreste auf Grünfütterflächen und Äcker werden diese mit Clostridien kontaminiert, die so ins Viehfutter gelangen. „Das gesundheitliche Risiko, das von Biogasanlagen ausgeht, muss von den politisch und wirtschaftlich Verantwortlichen zur Kenntnis genommen werden“, fordert die Akademie in ihrer Göttinger Erklärung. „Es besteht unbedingter Handlungsbedarf!“



Das „Vorbild“: Das Biogaswerk in Ronnenberg riecht oft kilometerweit.



Die Betriebssicherheit vieler Biogasanlagen lässt zu wünschen übrig.

Manche Biogasanlagen seien nach der Inbetriebnahme explodiert oder in sich zusammengefallen, warnen Einwohner aus Hülptingsen und machen auf Sicherheitslücken aufmerksam. Experten haben auf der Fachtagung „Alltägliche Schäden und Mängel an Biogasanlagen“ im März im Hannover Congress-Zentrum darauf hingewiesen, dass von 236 geprüften Biogasanlagen

# Weiter Fehlanzeige bei Sozialtarifen der Stadtwerke

Trotz der hohen Energiepreise müssen Geringverdiener und Arbeitslose weiter auf Sozialtarife für Strom und Gas der Stadtwerke verzichten. Das sieht ein Beschluss des Sozialausschusses vor, der auf Antrag der SPD einen sogenannten „Aktivpass“ für Arbeitslose und Geringverdiener einführen will. Dieser Pass soll schon bestehende Ermäßigungen bei Eintritt und Nutzung öffentlicher Angebote zusammenfassen. Dazu gehören Eintrittskarten zum halben Preis in städtischen Bädern und der Stadtbücherei. Auf Anregung des LINKSBÜNDNISSES sollen in Zukunft auch Eintrittskarten im

Burgdorfer Kino „Neue Schauburg“ zum halben Preis abgegeben werden. Andere wichtige Ermäßigungen sucht man aber vergebens. „Wo bleiben die Sozialtarife der Stadtwerke?“, fragt LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann und erinnert daran, dass selbst viele Normalverdiener Probleme haben, die hohen Energiepreise zu bezahlen. Hartz-IV-Empfänger haben noch deutlich schlechtere Karten. Hintergrund sind die Regelsätze: Ein Bundesbürger gibt laut Statistischem Bundesamt im Durchschnitt jeden Monat 37,97 Euro für Strom aus, Arbeits-

lose erhalten als Regelleistung aber nur 22,62 Euro. Im Jahr summieren sich so die Fehlbeträge allein beim Strom auf 184,20 Euro. Zu den Forderungen des LINKSBÜNDNISSES gehören außerdem eine kostenlose Kindertagesbetreuung und ein kostenloses Mittagessen in den Kindertagesstätten. „Es ist schlicht eine Sauerei, dass Kinder von Hartz-IV-Empfängern jeden Monat 20 Euro fürs Mittagessen berappen müssen, Geld das ihre Eltern nicht haben“, betont Fleischmann. DIE LINKE im Rat wird weiter Druck machen.

## Zukunft des Kurvenzuges am Wochenende offenbar gesichert

Die Zukunft der Kurven-S-Bahn, die auf schnellem Weg von und nach Hannover an Lehrte vorbei verkehrt, scheint am Wochenende auch mittel- und langfristig gesichert zu sein. Da die Region die S-Bahn-Linien im Raum Hannover europaweit ausgeschrieben hat, spart sie ab dem Fahrplan 2012/13 viele Millionen und kann den Zug dadurch weiterfahren lassen. Immer wieder hatte es in der Vergangenheit um diese attraktive S-Bahn Hickhack gegeben, in die allein jeden Sonntag rund 1.500 Fahrgäste einsteigen. Das Land wollte kein Geld für den Zug geben, und die Region wollte nicht einspringen und die S-Bahn streichen. Dabei spielte der Burgdorfer Rat eine unrühmliche Rolle. Er konnte sich Ende April auf keinen einheitlichen Appell an Land und Region zum Erhalt des Kurvenzuges am Wochenende einigen. Einen Antrag des LINKSBÜNDNISSES, Land und Region gleichermaßen in die Pflicht zu nehmen, schmetterten alle anderen Parteien ab. Der Antrag sah vor, dass die Region das nötige Geld gibt, wenn das Land als Geldgeber einen Rückzieher macht. Man verständigte sich schließlich darauf, einen Appell an das Land zu richten, doch bitte die nötigen Gelder zu zahlen. Aber nicht einmal in dieser Frage konnten die Politiker im Rat ein einstimmiges Votum abgeben. Die CDU scherte aus und enthielt sich bei der Abstimmung. Sie hätte der Resolution mit ihrer Zustimmung deutlich mehr Gewicht gegeben.

## Stadt greift Burgdorfern bei Gebühren ins Portemonnaie

Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit hat der Burgdorfer Rat gegen die Stimme des LINKSBÜNDNISSES schon vor geraumer Zeit die Gebühren zur Beseitigung von Schmutzwasser erhöht. Diese Gebühr stieg um fünf Prozent oder 0,08 Euro auf 1,72 Euro pro Kubikmeter. In einem zweiten Beschluss haben die Ratsvertreter auch die Gebühr für die Beseitigung von Niederschlagswasser um 0,02 Euro auf 0,68 Euro pro Quadratmeter entwässerter Fläche angehoben – nur das LINKSBÜNDNIS stimmte wieder dagegen. Pikant: Schon



Auch für die Beseitigung des Niederschlagswassers müssen die Burgdorfer mehr bezahlen als früher.

vor der Gebührenerhöhung hat die Stadt bei der Beseitigung von Niederschlagswasser ein Plus erwirtschaftet, behielt also Geld übrig! Den Antrag der LINKEN, deshalb auf beide Gebührenerhöhungen zu verzichten, lehnten alle anderen Parteien im Rat ab. „Beide Gebührenerhöhungen sind ein schamloser Griff in die Portemonnaies der Burgdorferinnen und Burgdorfer“, kommentiert LINKEN-Ratsherr Michael Fleischmann. Schon heute machen die Nebenkosten vielfach eine zweite Miete aus.

Diesen Abschnitt bitte ausschneiden und einsenden an:

**DIE LINKE / DAS LINKSBÜNDNIS.Burgdorf,  
c/o Wolfgang Hauck  
Scharlemannstraße 8  
31303 Burgdorf**

Oder kopieren und faxen an: 05 136/920 22 07  
E-Mail: mfleischmann@comlink.org  
Ich möchte weitere Informationen  
Ich interessiere mich besonders für:

.....  
.....  
.....

- Laden Sie mich bitte zu Ihrer nächsten Veranstaltung ein
- Halten Sie mich über Ihre Arbeit auf dem Laufenden
- Ich brauche Beratungshilfe wegen Hartz IV
- Ich möchte Mitglied werden

Meine Daten:  
Name:.....  
Adresse:.....  
E-Mail:.....  
Tel.:.....

